

Nebrauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Blattmetz 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Artern.

Nr 1

Dienstag, den 1. Januar 1929

42. Jahrgang

1929?

Bei den Silvesterfeiern ist eine der wesentlichsten Eigenschaften meist das Bleigießen. Man läßt das erhärtete Blei in das kalte Wasser gleiten und aus den kühlen Formen, die sich bei der plötzlichen Abkühlung der flüssigen Metallmasse ergeben, versucht man zu deuten, was das neue Jahr uns bescheren wird, wobei man sich freilich von vornherein nicht im unklaren darüber ist, daß das Blei nur recht wenig von dem verrißt, was das neue Jahr seine Zukunft, aber auch er bemerkt sich, am Festabend sich einmal Klarheit darüber zu verschaffen, ob in der Neujahr in neuen Jahr vermuthlich gehen wird. Dabei weiß er, je mehr er sich mit den Fragen der letzten Nacht befaßt, daß es kein undankbares Geschäft als das Propheten ist und daß schon ein Uhu ein Ereignis, das kein Mensch voraussehen konnte, den Gang der Dinge entscheidend beeinflusst haben. Nicht nur in Kriegen hat es das berühmte „Wunder an der Warne“ gegeben, auch in Friedenszeiten war ähnliches zu beobachten, so daß alle politischen Voraussagen immer nur mit klaren Einschränkungen gemacht werden können.

Trotzdem aber wir man doch wohl sagen können, daß selber wenig oder gar kein Grund vorhanden ist, daß dem Jahre 1929 mit rosenrotem Optimismus entgegenzusehen. Für Deutschland sind die Zeiten in jeder Beziehung schwer. Die neu politische Lage fällt auf uns die Aufgabe, den neuem politischen Weltzustand anzupassen, was bei 850 Millionen Mark neuer Steuern nicht möglich ist, und das, obwohl die Steuerlast heute bereits für die Bevölkerung an der Grenze der für jeden einzelnen im menschlichen Maße ist. Kein Wunder, daß die Wege liegen darüber, wie diese Belastung aufgebracht werden sollen, sehr weit auseinandergehen. Dadurch wird wieder die Aufgabe der Regierung die erste Aufgabe, die breite und tragfähige Grundlage zu schaffen, auf der die Politik der Jahre 1928 nicht möglich, zu der bereits nach den Reichstagswahlen erfolgte Lösung der deutschen Koalition zu gelangen. Die neue politische Lage ist nicht sehr viel günstiger zu sein. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den für die Große Koalition eintretenden Parteien sind nach wie vor außerordentlich groß, so daß es anstrengender Arbeit bedürfen wird, sie zu überbrücken.

Dabei ist nicht zu leugnen, daß es notwendig denn die Politik der Regierung durch konstitutionelle Bindungen der Regierungsparteien zu untermauern, muß sich doch klar darüber sein, daß sich das Kabinett in den Umständen in einer sehr schwierigen Lage befindet, wenn die Sachverhältnisse, die im neuen Jahr zum Vorschein kommen, um das Reparationsproblem vollständig und endgültig zu regeln, zu dem Gutachten gelangen, das der deutsche Vorkonferenzbericht nicht gerade wird. Die letzte Entscheidung in der Reparationsfrage liegt bei dem deutschen Vorkonferenzbericht, sondern bei den Regierungen, die nicht im heim Dampfen, das Gutachten der Sachverständigen annehmen, ablehnen oder auch verändern können.

Was jeden Fall wird auf längere Zeit hinaus im neuen Jahr das Reparationsproblem im Vordergrund des Interesses stehen, wobei es zweifelhaft erscheint, ob die französische Regierung, die sich über Annahme oder Ablehnung des Sachverständigenberichts klar zu werden hat, nach einer Regierung Poincaré sein wird. Es freilich bereits in Frankreich wieder in bedeutendem Maße, zumal man auch nicht einmal auf der Rechnung mit dem neuen Regierung Poincaré völlig einverstanden ist. Auf der anderen Seite hat der Verkauf der letzten Kabinetskrisis in Frankreich gezeigt, über welches Umher Poincaré auch heute noch verfügt, und wie sehr man den Reiter des Frankens noch in weiten Kreisen Frankreichs zu schätzen weiß.

Auch hinsichtlich Englands muß man zunächst ein großes Fragezeichen machen; ist doch für England das Jahr 1929 ein Wahljahr, das die ersten Wahlen nach der Bewilligung des „Balfour-Bahrsches“ bringen wird, so daß sich noch schwerer als schon ohnehin vorauszufragen läßt, ob die Konventionen weiter am Ruder bleiben werden oder ob die letztgenannten übermäßig geführte Politik Baldwin's und Chamberlains ihnen in viel Stimmten fallen wird, daß ein Wechsel in der Regierung eintritt. Etwas klarer liegen die Dinge in Amerika; hier sind die Wahlen vorüber, und wenn der neue amerikanische Präsident Hoover am 4. März sein Amt antritt, so ist damit zu rechnen, daß er im großen und ganzen die Politik Coolidge's fortsetzen wird, wenn auch neue Entwicklungen neue Entschlüsse erforderlich machen.

Neben dem Reparationsproblem wird im neuen Jahr die Abklärung der französischen Reparationsfrage ein wichtiges Thema sein. Die Reparationsfrage wird sich im Laufe des Jahres wieder in den Vordergrund drängen, wobei es freilich keiner sonderlich großen Prognosebedürfnis bedarf, um vorauszufragen, daß man auf dieser Tagung genau so wenig Fortschritte erzielen wird, wie das im abgelaufenen Jahre der Fall war. Die Reparationsdebatte in der französischen Kammer, das neue amerikanische Flottenbauprogramm und so manche andere Vorgänge haben ja den besten Beweis dafür erbracht, daß trotz Kellogg-Pakt und trotz aller Freundschafts- und Schiedsverträge niemand ernsthaft an eine Veränderung der Rüstungen denkt.

So besteht leider wenig Aussicht dafür, daß die großen und für die deutsche Politik im Vordergrund stehenden Fragen, wie Abrüstung und Räumung, im neuen Jahre wesentlich gefördert werden, und es bleibt abzuwarten, wie die Lösung des Reparationsproblems aussehen wird, die jetzt in Angriff genommen werden soll. Unter solchen Umständen wird man sich am besten nach der alten Lösung richten, das Beste hoffen und auf das Schlechteste sich vorbereiten; dann werden die Enttäuschungen des neuen Jahres wenigstens nicht allzu groß sein.

König Georg wieder zeitweise bewußtlos.

Es soll ihm gefundes Blut zugeführt werden. — Amerikaner senden ein Heilmittel als Geschenk.

London, 30. Dezember.
Der Zustand des englischen Königs hat sich in den letzten Stunden kaum verändert. Es wird jedoch festgestellt, daß er seit langer Zeit ohne Bewußtsein liegt. Man weiß nicht, ob die Ursache für den Zustand noch sehr gering ist.

Die Londoner Blätter berichten auch von einer geplanten Französischen Expedition eines anderen Menschen in den Körper des Königs. Die Maßnahme ist allerdings durchgehends nicht, ist noch nicht bekannt.

Der Leichen in Southampton angekommenen White-Star-Dampfer „Olympic“ brachte eine von amerikanischen Verehrern des Königs übermittelte amerikanische medizinische Expedition, die, wie aus dem Buckingham-Palast mitgeteilt wird, bei der Behandlung des Königs zur Anwendung kommen soll. Es handelt sich um ein unter dem Namen „Daktin Solonite“ bekanntes modernes Präparat, das in Amerika bei Mundhygiene verwendet wird und wegen des Natriumgehaltes in Amerika hergestellt werden kann. Ein Bote des Foreign Office nahm das die Expedition enthaltene Paket an Bord des Dampfers in Southampton in Empfang und brachte es auf dem schnellsten Wege zum Buckingham-Palast.

Nachverhandlungen im Werkarbeiterstreit.

Am 2. Januar.

Berlin, 31. Dezember.
Wie von zuständiger Seite verlautet, liegen nunmehr dem Reichsarbeitsministerium die Erklärungen sowohl der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer in der Werkindustrie vor, daß der Schiedspruch von ihnen abgelehnt worden sei. Der Reichsarbeitsminister hat daraufhin beide Parteien zu einer gemeinsamen Aussprache über eine Einigung im Werkarbeiterstreit zum 2. Januar ins Reichsarbeitsministerium geladen. Wer die Verhandlungen leiten wird, ist zur Zeit noch nicht bestimmt. Kündigung des Lohnabkommens für die württembergische und pfälzische Metallindustrie.

Das für die württembergische und pfälzische Metallindustrie bestehende Lohnabkommen wurde von den Arbeitgebern zum 31. Januar 1929 gekündigt. Für die württembergische Metallindustrie konnten etwa 70.000 für die pfälzische etwa 20.000 Metallarbeiter in Betracht.

Der Zusammentritt des Komitees.

Nicht vor Anfang Februar.

London, 30. Dezember.
Nach Meldungen aus Washington ist mit dem Zusammentritt des Sachverständigen Komitees nicht vor Ende Januar, wahrscheinlich erst Anfang Februar zu rechnen. Man hofft dies darauf zurück, daß Carter Gilbert zuerst mit Coolidge und Hoover Verhandlungen über die amerikanischen Sachverständigen haben wird, die sich jedenfalls bis Mitte Januar hinziehen werden.

Die Pariser Zeitung „Temps“ hatte berichtet, daß die Ernennung der Sachverständigen für die Reparationskonferenz am 5. Januar durch die Reparationskommission erfolgen werde. Diese Nachricht wird aber von deutscher Seite als zweifelhaft betrachtet. Schematisches über die noch kein Anzeichen dafür vor, daß dieser Bericht zutreffend

ist. Auch über die Ernennung der deutschen Sachverständigen liegt noch keine Nachricht vor. Die Ernennung der Sachverständigen wird jedenfalls nicht vor der Beilegung des Zeitpunktes der Einberufung der Konferenz erfolgen.

In einem Teil der Presse war der Ansicht Ausdruck gegeben worden, daß eine Ernennung der deutschen Sachverständigen nicht erfolgen könne, weil sich der Reichstag in Urlaub begeben. Hierzu wird von zuständiger Stelle erklärt, daß eine Kabinetsentscheidung selbstverständlich auch ohne den Reichstagler stattfinden könne, da dieser durch die dienstlichen Minister vertreten sei. Sollte eine Kabinetsentscheidung während des Urlaubs aus dem Reichstagler in Frage kommen, so dürfte der Reichstagler durch Dr. Stresemann vertreten werden.

Kellogg und sein Pakt.

Seine Verteidigungsrede im Senatsauschuss.

Neuport, 30. Dezember.

Staatssekretär Kellogg verteidigte bekanntlich vor kurzem vor dem Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten seinen Friedenspakt in einer geheimen Sitzung. Ueber diese Sitzung werden nunmehr nähere Einzelheiten bekannt. Danach erklärte Kellogg u. a., in dem Vertrag stehe nichts, was die Vereinigten Staaten verpflichten würde, eine Nation zu kämpfen, die den Vertrag verstoßen sollte. Der Vertrag hindere keine Unterzeichnung daran, Maßregeln zu einer Selbstverteidigung zu ergreifen, falls seine Sicherheit bedroht werde. Dies gebe aus dem Schriftwechsel hervor, der vor der Unterzeichnung des Vertrages geführt worden sei. Aus diesen Gründen sei es nötig, wenn der Senat den Vertrag nur mit Vorbehalten und Interpretationen annehme. Die Rechte der Vereinigten Staaten, unter Einschluß desjenigen der Monroe-Doktrin, würden durch den Vertrag nicht und ganz geändert.

Kellogg kündigte gleichzeitig an, daß die Vereinigten Staaten an der bevorstehenden Pariser Konferenz teilnehmen und durch die gleiche Delegation vertreten sein würden, die an den vorhergehenden Verhandlungen teilgenommen habe. Die amerikanische Delegation würde also wieder durch den Botschafter Hugh Gibson vertreten sein.

Kabinet Poincaré wieder gerettet.

Ueber die Krise besteht fort.

Paris, 30. Dezember.

Der Bestand des Kabinetts Poincaré ist wieder einmal zerfallen, nachdem der Gegenstand zwischen dem Finanzminister Clément und dem Ministerpräsidenten über die Aufhebung des Gesetzes über den Ausbruch der Krise nicht vor der Kammer. Der französische Senat hat die Diktatorvorlage, die der Finanzminister vorbrachte, mit einer kleinen Mehrheit angenommen, wobei allerdings bemerkt sein muß, daß sich eine große Anzahl von Abgeordneten der Stimme enthielt.

Wenn auch durch die Abstimmung die akute Krise beiläufig ist, so besteht sie doch noch weiter fort, wie der offizielle „Excelsior“ in einer Betrachtung der innerpolitischen Lage schreibt. Das Blatt stellt fest, daß die ministerielle Lage nicht mehr so leicht wie zu Beginn der Krise zu beheben ist. Die Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister im offenen Gegenstand, die Frage der Diktatorvorlage befanden hätten, ist dies kein Geheimnis mehr. Das Blatt hält es für sicher, daß im Januar endgültige Klarheit geschaffen werden wird. Die Entscheidung der radikalen Kammergruppe, an die Regierung über die allgemeine Politik eine Anfrage einzubringen, werde dem Ministerpräsidenten, falls dem Gelegenheit geben, die Vertrauensfrage zu stellen, alles an Poincaré nicht vorziehen sollte, dem Präsidenten der Republik den Austritt des Kabinetts mitzuteilen.

Die Wiederaufnahme der Polenverhandlungen.

Nach kein Termin bestimmt.

Berlin, 29. Dezember.

Im Verlauf der Verhandlungen über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsverträge und Wirtschaftsbeziehungen hatte der deutsche Delegationsführer Hermanns bekanntlich ein Telegramm geschickt, in dem er diesen Fall, einen Termin vor dem 9. Januar zu benennen, um in einer persönlichen Aussprache eine Klärung der noch ausstehenden Fragen zu erzielen. Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist eine polnische Antwort auf dieses Ergehen bisher noch nicht eingegangen.

Zu der Wiederaufnahme der Tätigkeit des politischen Liquidationskomitees, das auf Grund der Liquidationsbestimmungen des Versailler Friedensvertrages eingesetzt ist, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die weitere Verhandlung in Warschau in dieser Angelegenheit keinen Schritt unternommen habe.

Werkarbeiter lehnen Schiedspruch ab

Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Die gestern und vorgestern in den Kabinettskrisen vorgenommenen Verhandlungen der Werkarbeiter über die Annahme oder Ablehnung des Schieds-

Profit Neujahr!

Viel Glück im neuen Jahr
wünschen ihrem geschätzten Kundenkreis
und Freunden
Friedrich Heller und Frau
Nebra a. U. Neujahr 1929

Unserer werten Kundschaft, sowie allen Bekannten
und Freunden wünschen wir ein
glückliches neues Jahr!
Paul Lorenz und Frau

Zum Jahreswechsel
entbieten ihrer werten Kundschaft die
herzlichsten Glück- u. Segenswünsche
Willy Bachredt und Frau

Zum Jahreswechsel
allen herzlichste
Glück- und Segenswünsche!
Frau Kielblock
Bahnhofswirtschaft

Viel Glück und Segen
zum neuen Jahr
wünschen der werten Kundschaft, lieben Freunden
und Bekannten
Wwe. Meitz Kurt Meitz

Ein frohes, glückliches Neujahr
wünschen allen ihren werten Gästen
K. Janda und Frau
Schützenhaus Nebra

Unserer werten Kundschaft von Nebra und Umgegend
Glück und Segen im neuen Jahr!
Klempnermeister
Otto Eitmann und Frau
Arthur Eitmann und Frau

Unserer werten Kundschaft
sowie Freunden und Bekannten ein
frohes, gesundes neues Jahr!
Familien Noack und Bosse

Unserer geehrten Kundschaft wünschen wir
ein gesegnetes neues Jahr!
Fleischermeister **Karl Otto und Frau**

Zum Jahreswechsel
allen Freunden und Bekannten
herzlichste
Glückwünsche!
Nebra a. U. **Emil und Clara Frey**

Zum Jahreswechsel
übermitteln wir unseren lieben Gästen, Freunden und
Bekanntem von nah und fern
die herzlichsten Glückwünsche!
Herrn. Bernschein und Frau
Gasthof „Zur Sorge“

Familie Wilh. Sauer - Rohleben
entbietet hiermit allen lieben Freunden
und Bekannten zum Jahreswechsel
herzlichste Neujahrsgrüße
und dankt zugleich der geehrten Kund-
schaft von Nebra und Umgebung für
das ihr entgegengebrachte Wohlwollen

Allen werten Gästen, Freunden und Bekannten
Zum Jahreswechsel
die herzlichsten Glückwünsche!
Frau Elze Köllig und Familie
Gasthaus „Zum weißen Roß“

Neujahrskarten
in geschmackvollen Mustern
empfehit **Walter Scharf**

Allen Geschäftsfreunden und Bekannten
ein frohes neues Jahr!
Max Schröder Nachf., Nebra
Inh.: Anna Schröder

Allen unserer werten Gästen und der geehrten
Kundschaft, Freunden und Bekannten von nah
und fern übermitteln wir hierdurch die
herzlichsten Glückwünsche
zum Jahreswechsel!
Oswald Möder und Frau

Die herzlichsten Glückwünsche
zum neuen Jahre
bringen ihren werten Gästen,
lieben Freunden und Bekannten
Tigenburg **Otto Wirthmann und Frau**

Viel Glück und Freude
im neuen Jahr
wünschen wir unserer werten Kundschaft, sowie allen Gästen
und Freunden
Otto Fixrath und Frau
Rudi Neumann und Frau

Unseren werten Gästen, Kunden, Freunden und
Bekanntem wünschen wir im neuen Jahr viel
Glück und Freude!
Franz Koch und Frau
„Ratskeller“

Ein glückliches neues Jahr
wünschen ihrer geehrten Kundschaft,
Freunden und Bekannten
Nebra Fritz Bickel und Frau

Zum Jahreswechsel
übermitteln alle ihren werten Gästen und Bekannten
herzlichste Glückwünsche!
Familie Maertens
Gasthof „Preußischer Hof“

Unserer werten Kundschaft von Nebra und Umgegend
die herzlichsten Glückwünsche
zum Jahreswechsel!
Familien **Hermann Bauer sen. u. jun.**

Ein gesundes glückliches Neujahr
wünschen wir unserer werten Kundschaft,
sowie allen Bekannten und Freunden
Karl Horlbeck und Frau

Unserer werten Kundschaft
herzlichen Glückwunsch
zum Jahreswechsel
Nebra a. Unstr. **Otto Beyr und Frau**

Meiner werten Kundschaft
sowie Freunden und Bekannten
ein gesundes frohes Neujahr!
Paul Melditor und Familie

Nebrauer Anzeiger

Amtlisches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat:

Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Blattmetz 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 1

Dienstag, den 1. Januar 1929

42. Jahrgang

1929?

Bei den Silvesterfeiern ist eine der wesentlichsten Eigenschaften meist das Bleigießen. Man läßt das erhärtete Blei in das kalte Wasser gleiten und aus den festen Formen, die sich bei der plötzlichen Abkühlung der flüssigen Bleimasse ergeben, versucht man zu deuten, was das neue Jahr uns bescheren wird, wobei man sich freilich von vornherein nicht im Unklaren darüber ist, daß das Blei nur recht wenig von dem verrott, was das neue Jahr bringen wird. Der Politiker nimmt zu dem Blei auch nicht seine Zuflucht, oder auch er bemerkt sich, am Silvesterabend sich einmal Klarheit darüber zu verschaffen, wofür die Reize im neuen Jahr vermuthlich gehen wird. Dabei weiß er, je mehr er sich mit den Fragen der letzten Politik befaßt, daß es kein unangenehmeres Gefühl als das Bronzegießen gibt und daß schon aus oft Ereignissen, die kein Mensch voraussehen konnte, den Gang der Dinge entscheidend beeinflusst haben. Nicht nur in Kriege hat es das berühmte „Wunder an der Marne“ gegeben, auch in Friedenszeiten war ähnliches zu verzeichnen, so daß alle politischen Voraussagen immer nur mit klaren Einschränkungen gemacht werden können.

Trotzdem aber wird man doch wohl sagen können, daß jeder wenig oder gar kein Grund vorhanden ist, dem Jahre 1929 mit totenrotten Optimismus entgegenzusehen. Für Deutschland sind die Zeiten in jeder Beziehung schwer. In neuer politischer Lage auf uns die Aufgabe, die neuen politischen Verhältnisse auszubalancieren, was bekanntlich die Verbilligung von nicht weniger als 350 Millionen Mark neuer Steuern nötig ist und das, obwohl die Steuerlast heute bereits für die Wirtschaft an den Grenzen der für jeden einzelnen Staatlich schwer ist. Kein Wunder, daß die Weichen darüber, wie diese Steuerlast auszubalancieren sollen, sehr weit auseinandergehen. Dadurch wieder wird die Aufgabe, die Regierung die erste Aufgabe und tragfähigste Grundlage zu schaffen, nicht erleichtert. War es im Jahre 1928 nicht möglich, zu der Verwirklichung des Reichs-Rahmplan erstrebenden Lösung der deutschen Kolonialen zu gelangen, so scheint zunächst auch im neuen Jahre die Ausführligkeit nicht sehr viel günstiger zu sein. Die Verhandlungen zwischen den für die Große Koalition zu bedenklichen Parteien sind nach wie vor außerordentlich groß, so daß es anstrengender Arbeit bedürfen wird, um sie zu überbrücken.

Obwohl es nicht zu leugnen, daß es notwendig denn scheint, die Regierung durch parlamentarische Mittel der Regierungsparteien zu untermauern, muß man sich doch klar darüber sein, daß sich das Kabinett unter Umständen in einer sehr schwierigen Lage befinden wird, wenn die Sachverhältnisse, die im neuen Jahr zum Vorschein werden, um das Reparationsproblem vollständig und einseitig zu regeln, zu Gunsten gelangen, das der deutschen Leistungsfähigkeit nicht gerecht wird. Die letzte Entscheidung über das Reparationsproblem liegt ja bekanntlich nicht bei den Sachverständigen, sondern bei den Regierungen, die, ähnlich wie beim Dawsonplan, das Gutachten der Sachverständigen annehmen, ablehnen oder auch verändern können.

Auf jeden Fall wird auf längere Zeit hinaus im neuen Jahr das Reparationsproblem im Vordergrund des Interesses stehen, wobei es zweifelhaft erscheint, ob die französische Regierung, die sich über Annahme oder Ablehnung des Sachverständigen Gutachtens klar zu werden hat, noch eine Regierung Poincaré sein wird. Es fehlt bereits in Frankreich wieder in bedeutendem Maße, zumal man auch nicht einmal auf der rechten mit der neuen Regierung Poincaré völlig einverstanden ist. Auf der anderen Seite hat der Verkauf der letzten Kabinettstühle in Frankreich gezeigt, über welches Ansehen Poincaré auch heute noch verfügt, und wie sehr man der Reiter des Frankens noch in weiten Kreisen Frankreichs zu schätzen weiß.

Auch hinsichtlich Englands muß man zunächst ein großes Fragezeichen machen, ist doch für England das Jahr 1929 ein Wahljahr, das die ersten Wahlen nach der Bewilligung des „Waldsiedel-Wahrspruches“ bringen wird, so daß sich hier schwerer als schon ohnehin vorauszusagen läßt, ob die Konventionen weiter am Leben bleiben werden oder ob die feinsinnigen übermäßig geistreiche Balfour und Chamberlains ihnen in viel Stimmern ziehen wird, daß ein Wechsel in der Regierung eintritt. Etwas klarer liegen die Dinge in Amerika; hier sind die Wahlen vorüber, und wenn der neue amerikanische Präsident Hoover am 4. März sein Amt antritt, so ist damit zu rechnen, daß er im großen und ganzen die politische Coolidge fortsetzen wird, wenn auch neue Entwicklungen neue Entschlüsse erforderlich machen.



Die Londoner Blätter berichten auch von einer geplanten Panzerdivision, die aus dem amerikanischen Material besteht, das in Amerika für den Export bestimmt ist und wegen des Fabrikationsgeheimnisses nur in Amerika hergestellt werden kann. Ein Bote des Foreign Office nahm das die Zeitung enthaltene Paket an Bord des Dampfers in Southampton in Empfang und brachte es auf dem schnellsten Wege zum Buckingham-Palast.

Nachverhandlungen im Werftarbeiterstreit.

Am 2. Januar.
Berlin, 31. Dezember.
Wie von zuständiger Seite verlautet, liegen nunmehr dem Reichsarbeitsministerium die Erklärungen sowohl der Arbeitgeber als der Werftarbeiter in der Werftarindustrie vor, daß der Schlichterspruch von ihnen abgelehnt worden sei. Der Reichsarbeitsminister hat daraufhin beide Parteien zu einer gemeinsamen Aussprache über eine Einigung im Werftarbeiterlohnstreit zum 2. Januar ins Reichsarbeitsministerium geladen. Wer die Verhandlungen leiten wird, ist zur Zeit noch nicht bestimmt. Kündigung des Lohnabkommens für die württembergische und pfälzische Metallindustrie.
Das für die württembergische und pfälzische Metallindustrie bestehende Lohnabkommen wurde von den Arbeitgebern zum 31. Januar 1929 gekündigt. Für die württembergische Metallindustrie kommen etwa 70.000, für die pfälzische etwa 20.000 Metallarbeiter in Betracht.

Der Zusammentritt des Komitees.

Nicht vor Anfang Februar.
London, 30. Dezember.
Nach Meldungen aus Washington ist mit dem Zusammentritt des Sachverständigen-Komitees es nicht vor Ende Januar, wahrscheinlich aber erst Anfang Februar zu rechnen. Man führt dies darauf zurück, daß Pariser Giselet zuerst mit Coolidge und Hoover Verhandlungen über die amerikanischen Sachverständigen haben wird, die sich jedenfalls bis Mitte Januar hinziehen würden.
Die Pariser Zeitung „Temps“ hatte berichtet, daß die Ernennung der Sachverständigen für die Reparationskommission erfolgen werde. Diese Nachricht wird aber von deutscher Seite als zweifelhaft betrachtet. Schematisiert bisher noch kein Anzeichen dafür vor, daß dieser Bericht zutreffend

ist. Auch über die Ernennung der deutschen Sachverständigen liegt noch nichts fest. Die Ernennung der Sachverständigen wird jedenfalls nicht vor der Festlegung des Zeitpunktes der Einberufung der Konferenz erfolgen.

In einem Teil der Presse war der Ansicht Ausdruck gegeben worden, daß eine Erneuerung der deutschen Sachverständigen nicht erfolgen könne, weil sich der Reichstag in Urlaub begeben. Hierzu wird von zuständiger Stelle erklärt, daß eine Kabinettsitzung selbstverständlich auch ohne den Reichstag stattfinden könne, da dieser durch den dienstfertigen Minister vertreten sei. Sollte eine Kabinettsitzung während des Weihnachts- und des Neujahrsferien in Frage kommen, so dürfte der Reichstag durch Dr. Stresemann vertreten werden.

Kellogg und sein Post.

Seine Verteidigungsrede im Senatsauschuss.
Washington, 30. Dezember.
Staatssekretär Kellogg verteidigte bekanntlich vor kurzem vor dem Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten seinen Friedenspakt in einer geheimen Sitzung. Ueber diese Sitzung werden nunmehr nähere Einzelheiten bekannt. Danach erklärte Kellogg u. a., in dem Vertrag stehe nichts, was die Vereinigten Staaten verpflichte, gegen irgend eine Nation zu kämpfen, die den Vertrag verstoße. Kellogg erklärte, daß der Vertrag nicht zu ergreifen, falls seine Sicherheit bedroht werde. Dies geht aus dem Schriftwechsel hervor, der vor der Unterzeichnung des Vertrages geführt worden sei. Aus diesen Gründen sei es nötig, wenn der Senat den Vertrag nur mit Vorbehalten oder Interpretationen annehme. Die Rechte der Vereinigten Staaten, unter Einfluß des Beschlusses der Monroe-Doktrin, würden durch den Vertrag nicht und auch nicht beeinträchtigt.
Kellogg kündigte gleichzeitig an, daß die Vereinigten Staaten an den Verhandlungen teilnehmen und durch die Delegation vertreten sein würden, die an den vorhergehenden Verhandlungen teilgenommen habe. Die amerikanische Delegation werde also wieder durch den Botschafter Hugh Gibson vertreten sein.

Kabinet Poincaré wieder gerettet.

Über die Krise besteht Fort.
Paris, 30. Dezember.
Der Bestand des Kabinetts Poincaré ist wieder einmal gerettet worden, nachdem der Gegenstand zwischen dem Finanzminister Gervais und dem Ministerpräsidenten außer Acht gelassen worden war und der Ausdruck der Krise durch die für den Senat. Der französische Senat hat die Diktatorfrage, die der Finanzminister vorbrachte, mit einer kleinen Mehrheit angenommen, wobei allerdings bemerkt sein muß, daß sich eine große Anzahl von Abgeordneten der Stimme enthielt.
Wenn auch durch die Abstimmung die akute Krise beendet ist, so besteht sie doch noch weiter fort, wie der offizielle „Excelsior“ in einer Betrachtung der innerpolitischen Lage schreibt. Das Blatt stellt fest, daß die ministerielle Lage nicht mehr so leicht sei wie zu Beginn der Verhandlungen. Nachdem sich der Ministerpräsident und der Finanzminister im offenen Gegensatz über die Frage der Diktatorfrage befanden hätten, ist dies kein Geheimnis mehr. Das Blatt hält es für sicher, daß im Januar endgültige Klarheit geschaffen werden wird. Die Entscheidung der radikalen Kameragruppe, an die Regierung über die allgemeine Politik eine Anfrage einzubringen, werde dem Ministerpräsidenten außerdem Gelegenheit geben, die Vertrauensfrage zu stellen, falls es Poincaré nicht vorziehen sollte, dem Präsidenten der Republik den Austritt des Kabinetts mitzuteilen.

Die Wiederaufnahme der Polenverhandlungen.

Nach kein Termin bestimmt.
Berlin, 29. Dezember.
Am Verlauf der Verhandlungen über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsverträge und Wirtschaftsverhandlungen hatte der deutsche Delegationsführer Hermanns bekanntlich vor kurzem zu den polnischen Delegationsführer von Zwardowski ein Telegramm geschickt, in dem er diesen Fall, einen Termin vor dem 9. Januar zu benennen, um in einer persönlichen Mitteilung eine Klärung der noch ausstehenden Fragen zu erzielen. Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist eine polnische Antwort auf dieses Schreiben bisher noch nicht eingegangen.
In der Wiederaufnahme der Tätigkeit des polnischen Liquidationskomitees, das auf Grund der Liquidationsbestimmungen des Verlaßter Friedensvertrages eingesetzt ist, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die deutsche Regierung in Warschau in dieser Angelegenheit keinen Schritt unternehmen habe.

Werftarbeiter lehnen Schiedsspruch ab

Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium.
Die gestern und vorgestern in den Kuffenstädten vorgenommenen Abstimmungen der Werftarbeiter über die Annahme oder Ablehnung des Schieds-